# Zum Tabu des Antisemitismus

## Die Kontroversen um Martin Walser und Günter Grass

Rolf-Peter Janz

*The article reconsiders the speech that Martin Walser gave in Frankfurt in 1998 on receiving the prestigious* Friedenspreis des Deutschen Buchhandels *and a poem by Günter Grass that dealt with the topic of Israel and Iran and was published in 2012. Both the speech and the poem generated fierce controversy, not only among the German public, concerning whether or not they revealed anti-semitic tendencies. Through a close reading of these two texts and an analysis of some of the reactions they provoked the article addresses the question of whether their authors broke a taboo.*

**Title:** On the Taboo of Anti-Semitism. The Controversy surrounding Martin Walser and Günter Grass

**Keywords:** commemorative culture; Holocaust; political poetry; Walser, Martin (geb. 1927); Grass, Günter (1927-2015)

## 1.

Die Geschichts- und Kulturwissenschaften wie auch die Soziologie und andere Disziplinen geben darüber Auskunft, dass Religion, Sexualität und Politik zu den großen Tabubereichen gehören und dass Tabus für den Zusammenhalt von Gesellschaften konstitutiv sind oder sein können. Nach dem Untergang des Dritten Reichs, das sich den Völkermord an den Juden zum Ziel gesetzt hatte, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine gesellschaftliche Übereinkunft, die besagt, dass der Antisemitismus tabu ist. Wer dieses Tabu bricht, muss mit Sanktionen rechnen, u.a. mit sozialer Ächtung oder dem faktischen Ausschluss aus Institutionen der Gesellschaft. Tabus wird zumeist ein unbedingter Geltungsanspruch zuerkannt, sie sind nicht verhandelbar, womöglich auch aufgrund ihrer ursprünglichen religiösen oder magischen Dimension. Gleichwohl unterliegen sie dem historischen Wandel, und ihre Geltungsdauer kann befristet sein. Sie können sogar verschwinden, und neue Tabus können entstehen (vgl. Kaschuba 2012: 185). Verhandelbar ist allerdings, wer die Deutungshoheit darüber besitzt oder beansprucht, ob und in welchem Maße ein Tabubruch vorliegt. Die Einhaltung eines Tabus und ebenso der Tabubruch werden mit starken positiven oder negativen Affekten wie Wut oder Ekel begleitet.

In den letzten Monaten beherrscht kein Thema die deutsche Innenpolitik so nachhaltig wie die Erfolge der *Alternative für Deutschland*. Sie verdanken sich weitgehend einer offen geäußerten Islamfeindschaft, die aufgrund der Migran-



https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

tenströme nach Europa einen bislang kaum für möglich gehaltenen Auftrieb erhalten hat. Diese Form des Fremdenhasses hat, wie es scheint, dem Antisemitismus in Deutschland einstweilen die Aufmerksamkeit partiell entzogen. Unstreitig kann sich aber die Fremdenfeindlichkeit gegen Muslime leicht auch offen gegen Juden richten; der Angriff auf die eine Religion und die, die ihr zugehören oder zugerechnet werden, trifft implizit auch die andere.

Auch wenn der Streit um eine Rede Martin Walsers und ein Gedicht von Günter Grass, denen viele eine antisemitische Tendenz vorgehalten haben, 18 bzw. vier Jahre zurückliegt, sie haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Der zeitliche Abstand bietet eine Gelegenheit, einige Aspekte der Kontroverse noch einmal genauer und differenzierter zu betrachten.

Ich interpretiere zunächst die Rede Martin Walsers anlässlich der Verleihung des *Friedenspreises des Deutschen Buchhandels*, die er unter dem Titel *Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede* am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche gehalten hat, sowie einige der heftigen Reaktionen, die diese Rede nicht nur in der deutschen Öffentlichkeit ausgelöst hat. Anschließend untersuche ich das Gedicht *Was gesagt werden muss* von Günter Grass; es ist am 4. April 2012 gleichzeitig in der *Süddeutschen Zeitung*, in *La Repubblica* und in *El País* erschienen und hat ebenso wie die Rede von Walser einen Proteststurm entfacht.

Die Antisemitismusforschung ist sich weitgehend darin einig, dass es vier Typen des Antisemitismus gibt. Wolfgang Benz zufolge kann Antisemitismus als Oberbegriff für Judenfeindschaft gelten (vgl. Benz 2004: 16). Es gibt erstens den »christlichen Anti-Judaismus«, zweitens den »Rassenantisemitismus«, der seit dem 19. Jahrhundert auftritt, und drittens einen »sekundären Antisemitismus«, der nach dem Holocaust aus Scham- und Schuldgefühlen gegenüber den Juden entstanden ist. Er richtet sich gegen die Juden, weil sie die unerwünschte Erinnerung an den Holocaust repräsentieren. Hinzu tritt viertens als eine »andere Erscheinungsform antijüdischer Ressentiments« der Antizionismus (ebd.: 19f.).

## 2.

An den Debatten um Walsers Rede haben sich zahlreiche Journalisten (so Rudolf Augstein, Josef Joffe, Frank Schirrmacher), Politiker (Heide Simonis, Klaus von Dohnany, Richard von Weizsäcker), Schriftsteller (Monika Maron, Reinhard Baumgart, Peter Schneider, Louis Begley), Literaturkritiker (Martin Meyer, Marcel Reich-Ranicki) und Germanisten (Dagmar Barnouw, Karl Heinz Bohrer, Dieter Borchmeyer, Vivian Liska) – um nur einige Namen zu nennen – im In- und Ausland beteiligt. Viele haben Walser zugestimmt, viele Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der bei der Preisverleihung in der Frankfurter Paulskirche anwesend war und als Erster gegen Walsers Rede entschieden protestiert hat. Beide Kontrahenten haben darüber berichtet, dass jeder aus Anlass dieser Rede ungefähr tausend Zuschriften erhalten hat.

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

Auf den ersten Blick ist von keinem der Kritiker Martin Walsers, auch nicht von Ignatz Bubis, der Vorwurf erhoben worden, diese Rede sei offen antisemitisch oder bediene antisemitische Klischees. Was aber hat in ihr Teile der Öffentlichkeit derart skandalisiert, dass die Kontroverse um sie monatelang die deutschen Medien beschäftigt hat? Dass Walsers Rede auch Zustimmung gefunden hat, wurde von seinen Gegnern gerade als Teil des Skandals gedeutet. Walser rückt in den Mittelpunkt der Rede eine Beobachtung seiner selbst, er beschreibt, was er empfunden hat, während er im Fernsehen Dokumentarfilme über die Verbrechen der Nationalsozialisten in den Konzentrationslagern angesehen hat. Eine der Passagen, an der sich der Streit vor allem entzündet hat, lautet:

> Von den schlimmsten Filmsequenzen aus Konzentrationslagern habe ich bestimmt schon zwanzigmal weggeschaut. Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen. Ich möchte verstehen, warum in diesem Jahrzehnt die Vergangenheit präsentiert wird wie noch nie zuvor. Wenn ich merke, daß sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, dass öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken. Immer guten Zwecken, ehrenwerten. Aber doch Instrumentalisierung [...]. Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. Was durch solche Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität Lippengebet. Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft? (Walser zit. n. Schirrmacher 1999: 11-13)[1]

Der deutsch-französische Politologe und Publizist Alfred Grosser, dem selbst 1975 der *Friedenspreis des Deutschen Buchhandels* zuerkannt wurde, hat zu bedenken gegeben, die Rede Walsers sei bedauerlicherweise von ihren Kritikern auf vier Worte reduziert worden: »Wegschauen«, »Instrumentalisieren«, »Moralkeule« und »Schlussstrich«, wobei der letzte Ausdruck in der Rede gar nicht auftauche, wohl aber in den Erwiderungen seiner Gegner (vgl. Grosser 2010: 177). Auch wenn »Schlussstrich« in der Rede nicht vorkommt – hat Walser womöglich gemeint, er wolle die Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit beenden? Diese Vermutung hat Walser in einem Streitgespräch mit Ignatz Bubis, Salomon Korn, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main,

**1** | Martin Walsers Rede *Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede* und die darauf folgenden Diskussionsbeiträge sind in dem von Frank Schirrmacher 1999 herausgegebenen Band *Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation* abgedruckt. Aus diesem Band zitiere ich im Folgenden (Name zit. n. Schirrmacher 1999: Seitenzahl).

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

und Frank Schirrmacher, einem der Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, das am 14. Dezember 1998 stattfand, zurückgewiesen, aber auch eingeräumt: »Ich habe vielleicht zu wenig deutlich gemacht, daß es öffentliche Erinnerungspflege geben soll.« (Walser zit. n. Schirrmacher 1999: 446)

Walser, so lässt sich die Kritik an seiner Rede zusammenfassen, habe ein »Wegschauen« vor den Gräueln in den Konzentrationslagern empfohlen. Er plädiere für eine »Verdrängung« von Auschwitz aus dem kollektiven Gedächtnis der Deutschen. Ignatz Bubis beschuldigt Walser in seiner Rede zum Jahrestag der ›Reichspogromnacht‹ am 9. November 1998 in Berlin, er habe versucht, »Geschichte zu verdrängen beziehungsweise die Erinnerung auszulöschen« (Bubis zit. n. Schirrmacher 1999: 108).

Walsers Äußerung, Auschwitz sei ungeeignet, »Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung« zu werden, ist offensichtlich mehrdeutig und hat zu Recht Fragen aufgeworfen und Proteste ausgelöst. Auch Grosser befindet, Walser habe einen »verworrenen Text« vorgetragen, hält ihm aber zugute, er habe »auch Zutreffendes« gesagt, und führt dann die soeben zitierte Passage an, der der Satz vorausgeht: »Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz«. Am Tag nach der Rede hat der israelische Botschafter in Deutschland die Frage gestellt, »was mit der Keule gemeint sei.« Grosser hat darauf in einem deutschen Fernsehsender geantwortet, »die Keule werde ständig von Israel geschwungen. Auf jede deutsche Kritik an Israel erfolge die Reaktion: ›Ihr? Denkt doch an Auschwitz!‹ Das Resultat ist, dass ich seit Jahren ständig von meinem deutschen Publikum zu hören bekomme: ›SIE dürfen das sagen!‹« (Grosser 2010: 178) Auf diese Weise, so Grosser, gibt die deutsche Öffentlichkeit zu erkennen, dass er als Jude Israel kritisieren kann; ihr dagegen sei das verwehrt.

Eine der »Instrumentalisierungen unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken« bezeichnet Walser in seiner Rede selbst. Sie bestehe darin zu behaupten, die deutsche Teilung sei eine Folge der Judenvernichtung durch den Nationalsozialismus und damit »gerechtfertigt« (Walser zit. n. Schirrmacher 1999: 12). Eine andere Instrumentalisierung, so Walser, habe das Ziel, die Deutschen ständig daran zu erinnern, dass die Schande Auschwitz es ihnen verbiete, sich jetzt, also Jahrzehnte nach dem Holocaust, als »ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft« (Walser zit. n. ebd.: 13) zu begreifen, wie sie sich Walser, das legt seine Rede nahe, womöglich wünscht.[2] Er dürfte gewusst haben, dass er damit erheblichen Widerspruch provoziert. Zu denen, die es ablehnen, Deutschland aufgrund seiner Vergangenheit Normalität zuzuerkennen, gehört u.a. der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt.[3]

---

**2** | Klaus Harpprecht ist überzeugt, in Walsers Rede mache sich ein »Ressentiment« bemerkbar, »das in einem beleidigten Nationalgefühl zu Haus ist.« (Harpprecht zit. n. Schirrmacher 1999: 52)

**3** | Anders urteilt György Konrad: »Die deutsche ist eine normale Nation geworden.« (Konrad zit. n. ebd.: 529)

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

Zweifellos gibt nicht nur dieser Abschnitt in Walsers Rede Anlass zu Missverständnissen. Sie enthält auch Widersprüche (vgl. Lorenz 2005: 461f.). Da sie ein eminent politisches Thema aufgegriffen hat, konnte man von ihr erwarten, dass sie ihre Überlegungen möglichst klar formuliert, ohne dabei in die Routine politischer Statements zu verfallen. Walser hat diese Erwartung zurückgewiesen und sich – nicht überzeugend, wie ich meine – auf den »Selbsterkundungssprachgebrauch eines Schriftstellers« berufen (Walser zit. n. Schirrmacher: 442). Das Dilemma, einerseits sich als Schriftsteller selbst zu befragen, warum er im Fernsehen gezeigte Bilder aus den Konzentrationslagern nicht erträgt und wegsieht, und andererseits als öffentliche Person über angemessene Formen der Erinnerung an den Holocaust nachzudenken, hat er fraglos unterschätzt (vgl. Magenau 2008: 485; Schödel 2010: 64-75).

Unterschätzt hat er vermutlich auch, dass er missverstanden werden und Beifall von der falschen Seite, von rechtsextremen Parteien, bekommen kann. Bei einer Rede zu diesem brisanten Thema kann es auch nicht überraschen, dass beide Seiten mit Unterstellungen operieren.

In einigen Punkten ist die Rede mit guten Gründen kritisiert worden. So hat man Walser vorgeworfen, dass er nicht die Namen der Personen nennt, die nach seiner Überzeugung die »Dauerpräsentation unserer Schande« veranlassen und auf diese Weise eine »Gewissensmanipulation« vornehmen, die den Deutschen vorschreiben soll, in welcher Weise sie den Holocaust zu erinnern haben. Zu Recht wurde auch die in der Rede behauptete Privatheit des Gewissens[4] kritisiert, das allein darüber zu entscheiden habe, wie der Einzelne mit der Erinnerung an den Holocaust umgeht. Sie verkennt, dass Gewissensentscheidungen keineswegs auf einer exklusiven Selbstbefragung beruhen, sondern nicht anders als in sozialen Kontexten entstehen können (Schödel 2010: 106).

Das bestätigt zwei Monate später auch Walser selbst im bereits erwähnten Streitgespräch: »Ich glaube, Gewissen wird in der Familie entwickelt, es wird von mir aus im Religionsunterricht, im Ethikunterricht, überhaupt in der Schule entwickelt und durch Erfahrungen der jungen Menschen.« (Walser zit. n. Schirrmacher 1999: 448) Es gehöre aber zur Gewissensentwicklung, dass jeder frei bleibt jedem Thema gegenüber. Man kann, so Walser, dem Gewissen nicht vorschreiben, »wie es an Auschwitz denken soll.« (Walser zit. n. ebd.: 446) Setzt sich damit aber Walsers provokanter Widerspruch gegen die von Teilen der Öffentlichkeit geforderten Formen der Erinnerung dem Antisemitismusverdacht aus? Diese Frage zu beantworten, dürfte außerordentlich schwerfallen.

Zwar besteht Walser auf der Privatheit des Gewissens, wiederholt aber im soeben zitierten Passus seiner Rede gleich mehrfach, dass es »unsere Schande« ist, mit der wir umzugehen haben, und akzeptiert, dass es eine »öffentliche Erinnerungspflege« gibt. Historische Erinnerung soll auch öffentlich sichtbar wer-

**4** | Um diese Auffassung zu stützen, beruft sich Walser u.a. auf den Begriff des Gewissens bei Heidegger und Hegel wie auch auf Kleists *Prinz Friedrich von Homburg*. Wie problematisch das ist, haben u.a. Micha Brumlik (vgl. 2000: 130f.) und Matthias N. Lorenz (vgl. 2005: 455-458) gezeigt.

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

den. Diese Einsicht, im Streitgespräch mit Bubis deutlicher formuliert als in der Paulskirchenrede, hindert Walser allerdings nicht daran, das 1998 noch in der Planung befindliche Holocaust-Mahnmal in Berlin als einen »fußballfeldgroßen Alptraum« zu verurteilen; es handle sich um »die Monumentalisierung der Schande« (Walser zit. n. ebd.: 13). Ignatz Bubis hat dagegen Peter Eisenmans Entwurf für das Mahnmal mit dem Argument verteidigt, die Verbrechen der Nazis, also die »Schande« sei »monumental« gewesen und werde »nicht erst durch ein Mahnmal monumentalisiert.« (Bubis zit. n. ebd.: 112) Das ungeheure Ausmaß der Schande wird von Walser nicht bestritten; allerdings kann man wie Walser daran zweifeln, ob der Entwurf Peter Eisenmans eben die Monumentalität der Verbrechen in akzeptabler Weise repräsentiert. Ist der Holocaust überhaupt darstellbar? Und: Ist er visualisierbar? Es hat in Deutschland lange Zeit auch um diese Fragen angesichts mehrerer anspruchsvoller Entwürfe für das Mahnmal erregte Diskussionen gegeben (vgl. Müller 2010). Schließlich hat der Bundestag im Juni 1999 zugunsten des Eisenman-Entwurfs entschieden. Wenn Walser diesen Entwurf polemisch einen »fußballfeldgroßen Alptraum« nennt, dann ist das ein erinnerungspolitisches und zugleich ein ästhetisches Verdikt. Er unterscheidet zwischen der öffentlichen Erinnerung an den Holocaust, die sein soll, und der aus seiner Sicht misslungenen Architektur des Mahnmals, wie sie der Entwurf Eisenmans vorsieht. Im Jahr 2003 hat Walser in Berlin Peter Eisenman persönlich kennengelernt, er hat sich mit ihm gut verstanden und konnte so »auch das Mahnmal in milderem Licht betrachten.« (Magenau 2008: 482)

Von einem »Schlussstrich« unter die Nazizeit hat Walser in der Tat nicht gesprochen, vielmehr nennt er die deutsche Schande »unvergänglich«, und er fügt hinzu: »Ich habe es nie für möglich gehalten, die Seite der Beschuldigten zu verlassen« (Walser zit. n. Schirrmacher 1999: 11). Auch von einem »Wegschauen«, einer »Verdrängung« der Ermordung der Juden aus dem kollektiven Gedächtnis hat Walser in der Paulskirchenrede nichts gesagt. »Wegschauen«, das ist ein historisch belasteter Begriff: Die Deutschen haben eben »weggeschaut«, wenn z.B. der jüdische Nachbar von der Gestapo abgeholt wurde. Sie wollten damit nichts zu tun haben. Auch im Streitgespräch mit Bubis betont Walser noch einmal, er habe lediglich von seiner persönlichen Erfahrung berichtet, dass er bei Filmen, die die Verbrechen in den Konzentrationslagern zeigen, wegschauen musste, weil er diese Szenen nicht ertragen konnte. »Das Geständnis des ›Wegschauens‹ bezieht sich [...] nicht auf die deutsche Vergangenheit, sondern auf ihre mediale, bildhafte Präsenz.« (Magenau 2008: 487)

Zu den wenigen, die dafür Verständnis zeigen, dass man sich der Erinnerung an die unerträglichen Gräuel entzieht, gehört der ungarische Autor György Konrad, dessen Verwandte in Auschwitz ermordet wurden: »Selbst wenn er es wollte«, schrieb Konrad am 22. Dezember 1998 in der *Zeit*, »der Mensch kann sich von den schmerzlichen Erinnerungen nicht lösen, doch wenn er öfter damit konfrontiert wird als erträglich und annehmbar ist, reagiert er darauf mit Befremden und Verhärtung. Obschon er das Qualvolle, die Schande nicht leugnet,

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

begegnet er dem professionellen Beschämer mit hochgezogenen Augenbrauen und schließlich Ablehnung.« (Konrad zit. n. Schirrmacher 1999: 525)

Ich habe an einigen Reaktionen auf Walsers Rede zu zeigen gesucht, dass es weniger darauf ankam, was wirklich unmissverständlich gesagt wurde, sondern auf das, was man glaubte, gehört oder gelesen zu haben. Empört darüber, dass Walser bekannte Ressentiments verwende, hat ihm Bubis in seiner Rede anlässlich der ›Reichspogromnacht‹ am 9. November 1998 eine »geistige Brandstiftung« vorgeworfen, die darin bestehe, eine »Instrumentalisierung von Auschwitz für gegenwärtige Zwecke« zu behaupten. »Der intellektuelle Nationalismus«, so Bubis weiter, »nimmt zu und ist nicht ganz frei von unterschwelligem Antisemitismus.« (Bubis zitiert nach ebd.: 111f.)

Wer sich in Deutschland offen antisemitisch äußert oder antisemitische Stereotype verwendet, begeht einen Tabubruch. Noch schwerer aber wiegt der Tabubruch, wenn er von einem latenten Antisemitismus initiiert wird. Dieser ist umso gefährlicher, als er schwer zu fassen ist. Das hat Adorno scharf gesehen, als er den Antisemitismus einmal »das Gerücht über die Juden« genannt hat (Adorno 2001: 200). Das »*innuendo*«, die versteckte Andeutung, ist für den Antisemitismus konstitutiv (vgl. Adorno 1972: 405f.). Zu ihm gehört ebenso die »Beliebigkeit des Ressentiments« (Benz 2004: 234), das in der Mehrheitsgesellschaft seinen Ort hat und je nach Bedarf diese oder jene Eigenschaft oder Fähigkeit oder Handlung einer Minderheit, »den Juden«, zuordnet, die man nicht einmal zu kennen braucht, um sie zu stigmatisieren. »Judenfeindschaft«, so Benz, »ist zuerst und vor allem anderen ein Symptom für Probleme in der Mehrheitsgesellschaft.« (Ebd.: 241)

Im besagten Streitgespräch am 14. Dezember 1998, zu dem die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eingeladen hatte, haben beide Kontrahenten, Walser wie Bubis, zu erkennen gegeben, dass es unendlich schwer ist, an den Genozid an den Juden, der alle Vorstellungskraft übersteigt, in angemessener Weise zu erinnern. Und sie sind immerhin, so scheint es, einer Verständigung über das näher gekommen, das Bubis so formuliert hat: »Wir müssen einen Weg finden für ein gemeinsames Erinnern.« (Bubis zit. n. Schirrmacher 1999: 461) Er meinte Deutsche und Juden. Diese Überlegung fehlte in Walsers *Friedenspreis*rede. Am Ende des Gesprächs hat Bubis auch angeboten, den Vorwurf der »geistigen Brandstiftung« gegen Walser zurückzunehmen (Bubis zit. n. ebd.: 464). Das hat Walser abgelehnt. Nach dem Tod von Ignatz Bubis hat er diese Ablehnung indessen bedauert. Und in einem Interview während der Frankfurter Buchmesse 2014 hat er hinzugefügt, diese Ablehnung sei einer der großen Fehler seines Lebens gewesen.

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

## 3.

Günter Grass
*Was gesagt werden muss*

Warum schweige ich, verschweige zu lange,
was offensichtlich ist und in Planspielen
geübt wurde, an deren Ende als Überlebende
wir allenfalls Fußnoten sind.

Es ist das behauptete Recht auf den Erstschlag,
der das von einem Maulhelden unterjochte
und zum organisierten Jubel gelenkte
iranische Volk auslöschen könnte,
weil in dessen Machtbereich der Bau
einer Atombombe vermutet wird.

Doch warum untersage ich mir,
jenes andere Land beim Namen zu nennen,
in dem seit Jahren – wenn auch geheimgehalten –
ein wachsend nukleares Potential verfügbar
aber außer Kontrolle, weil keiner Prüfung
zugänglich ist?

Das allgemeine Verschweigen dieses Tatbestandes,
dem sich mein Schweigen untergeordnet hat,
empfinde ich als belastende Lüge
und Zwang, der Strafe in Aussicht stellt,
sobald er mißachtet wird;
das Verdikt »Antisemitismus« ist geläufig.
Jetzt aber, weil aus meinem Land,
das von ureigenen Verbrechen,
die ohne Vergleich sind,
Mal um Mal eingeholt und zur Rede gestellt wird,
wiederum und rein geschäftsmäßig, wenn auch
mit flinker Lippe als Wiedergutmachung deklariert,
ein weiteres U-Boot nach Israel
geliefert werden soll, dessen Spezialität
darin besteht, allesvernichtende Sprengköpfe
dorthin lenken zu können, wo die Existenz
einer einzigen Atombombe unbewiesen ist,
doch als Befürchtung von Beweiskraft sein will,
sage ich, was gesagt werden muß.

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

Warum aber schwieg ich bislang?
Weil ich meinte, meine Herkunft,
die von nie zu tilgendem Makel behaftet ist,
verbiete, diese Tatsache als ausgesprochene Wahrheit
dem Land Israel, dem ich verbunden bin
und bleiben will, zuzumuten.

Warum sage ich jetzt erst,
gealtert und mit letzter Tinte:
Die Atommacht Israel gefährdet
den ohnehin brüchigen Weltfrieden?
Weil gesagt werden muß,
was schon morgen zu spät sein könnte;
auch weil wir – als Deutsche belastet genug –
Zulieferer eines Verbrechens werden könnten,
das voraussehbar ist, weshalb unsere Mitschuld
durch keine der üblichen Ausreden
zu tilgen wäre.
Und zugegeben: ich schweige nicht mehr,
weil ich der Heuchelei des Westens
überdrüssig bin; zudem ist zu hoffen,
es mögen sich viele vom Schweigen befreien,
den Verursacher der erkennbaren Gefahr
zum Verzicht auf Gewalt auffordern und
gleichfalls darauf bestehen,
daß eine unbehinderte und permanente Kontrolle
des israelischen atomaren Potentials
und der iranischen Atomanlagen
durch eine internationale Instanz
von den Regierungen beider Länder zugelassen wird.

Nur so ist allen, den Israelis und Palästinensern,
mehr noch, allen Menschen, die in dieser
vom Wahn okkupierten Region
dicht bei dicht verfeindet leben
und letztlich auch uns zu helfen.
(Grass zit. n. Detering/Øhrgaard 2013: 12-14)[5]

**5** | Günter Grass' Gedicht *Was gesagt werden muss* und die darauf folgenden Reaktionen sind in dem 2013 von Heinrich Detering und Per Øhrgaard herausgegebenen Band *Was gesagt wurde. Eine Dokumentation über Günter Grass' »Was gesagt werden muss« und die deutsche Debatte* abgedruckt. Wenn nicht anders angegeben, zitiere ich aus diesem Band (Name zit. n. Detering/Øhrgaard 2013: Seitenzahl).

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

Ich versuche zunächst eine zugegeben grobe und genau genommen unzulässige Zusammenfassung des Gedichts. Es thematisiert im April 2012, dass Israel das Recht auf einen atomaren Präventivschlag gegen den Iran in Anspruch nimmt, der, wie vermutet wird, eine Atombombe baut. Das Ich des Gedichts will »das allgemeine Verschweigen«, dem sich das eigene Schweigen bislang untergeordnet hat, darüber beenden, dass Israel selbst Atomwaffen bereits besitzt. Das wird in Israel »geheimgehalten«; es ist ein »Tatbestand«, der tabuisiert, d.h. mit einem Schweigegebot umgeben wird. Das »allgemeine Verschweigen« empfindet das Ich als »Zwang«, dem es sich entziehen will. Dabei weiß es, dass dieser Zwang mit einer Strafandrohung einhergeht. Wenn es den »Zwang« zu schweigen »mißachtet«, muss es mit dem Verdikt des »Antisemitismus« rechnen, das »geläufig« ist. Es ist aber gerade jetzt an der Zeit, das Thema aufzugreifen, weil die Bundesregierung plant, ein weiteres U-Boot an Israel zu liefern, das atomare Sprengköpfe gegen Iran einsetzen könnte.

Das Ich hat bislang geschwiegen, weil seine deutsche Herkunft angesichts der NS-Verbrechen es verbot, die »Wahrheit« auszusprechen, dass Israel Atommacht ist und den Weltfrieden gefährdet. Die Gefahr eines Krieges gehe von Israel aus, nicht vom Iran, dessen Regierungschef nur ein »Maulheld« sei. Wir Deutsche, und hier formuliert das Gedicht einen Appell, dürfen durch die Lieferung eines weiteren U-Bootes nicht mitschuldig an einem möglichen Verbrechen werden, das Israel begehen könnte. Am Ende steht die Hoffnung, dass nun viele nicht länger schweigen und Israel, den »Verursacher der erkennbaren Gefahr«, zum Gewaltverzicht auffordern. Israel und der Iran sollen die Kontrolle ihrer Atomanlagen zulassen. Nur auf diese Weise wäre den Israelis und ebenso den Palästinensern, dem Nahen Osten und auch uns, den Deutschen, zu »helfen«.

Bereits unmittelbar nach Erscheinen hat das Gedicht weltweit Reaktionen ausgelöst, sie reichen von emphatischer Zustimmung bis zu massiven Protesten. Grass habe sich in die Nähe der NPD begeben, so Josef Joffe (Joffe zit. n. Detering/Øhrgaard 2013: 29). Dieter Graumann, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, äußerte im *Handelsblatt*: »Das ›Gedicht‹ ist gar keines, sondern ein Pamphlet von Hass und Hetze.« (Graumann zit. n. ebd.: 43) Marcel Reich-Ranicki befand, das Gedicht sei »eine Gemeinheit« (Reich-Ranicki zit. n. ebd.: 170). Die israelische Regierung hat Grass vier Tage nach Erscheinen des Gedichts mit einem Einreiseverbot belegt (vgl. ebd.: 6). Das *Simon Wiesenthal Center* setzte den Journalisten Jakob Augstein auf die Liste der zehn »weltweit gefährlichsten antisemitischen und anti-israelischen Verleumder« (vgl. Müller 2013); es bezog sich dabei u.a. auf einen seiner Artikel in *Spiegel Online*, in dem er das Gedicht von Grass verteidigt, aber auch kritisiert hat (vgl. Augstein in Detering/Øhrgaard 2013: 107-111). Am weitesten ging der israelische Gesandte in Berlin mit der Äußerung, das Gedicht schließe an die Tradition an, den Juden den Ritualmord an christlichen Kindern vorzuwerfen: »Was gesagt werden muss, ist, dass es zur europäischen Tradition gehört, die Juden vor dem Pessach-Fest des Ritualmords anzuklagen.« (Zit. n. ebd.: 37)

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

Es war vorauszusehen, dass im Streit um das Gedicht die lyrische Form entweder ignoriert oder mit der Behauptung übergangen wurde, sie diene lediglich dazu, dessen Gehalt unter dem Deckmantel der Kunstfreiheit unangreifbar zu machen. Es blieb weitgehend unerwähnt, dass es auch in Deutschland von Heinrich Heine und Ludwig Börne bis zu Bertolt Brecht, Alfred Andersch, Erich Fried und Peter Rühmkorf eine lange Tradition des politischen Gedichts gibt, aus dem Polemik nicht wegzudenken ist. Nach dem Gedichtcharakter des Textes haben nur wenige gefragt, so die Literaturwissenschaftler Heinrich Detering und Dieter Lamping (vgl. Lamping in ebd.: 131-136). Beide haben die Dramaturgie und den eigentümlichen Rhythmus dieser lyrischen Prosa eingehend untersucht, und Detering hat u.a. kritisiert, dass sie jedenfalls am Ende einen »Leitartikelton« anschlägt (vgl. ebd.: 289-292). Vor allem hat er die Dominanz eines Motivs: des Schweigens, hervorgehoben, das für Tabus konstitutiv ist. Ob es ein gutes oder ein misslungenes Gedicht ist, spielt in den meisten Kommentaren kaum eine Rolle.

Die Empörung über das Gedicht betraf weniger die Frage, ob Israel Atomwaffen besitzt, denn das wird seit langem vermutet, aber von der israelischen Regierung nicht bestätigt. Als skandalös wurde vor allem beurteilt, dass es die atomare Bedrohung nicht vom Iran, sondern von Israel ausgehend sieht. Das ist nach allem, was wir wissen, eine Behauptung, die offensichtlich zur Communis opinio der westlichen Staaten in eklatantem Widerspruch steht. Allerdings hat der israelische Historiker Tom Segev darauf aufmerksam gemacht, dass ein möglicher israelischer Angriff auf den Iran in Israel diskutiert wird. In einem Interview, veröffentlicht in *Spiegel Online* am 8. April 2012, in dem ihm Anna Reimann die Frage stellte: »Ist Grass nun durch sein Gedicht zu Israel und Iran ein Antisemit?«, antwortete Segev: »Natürlich nicht. Im Grunde hat Grass nur das gesagt, was auch der ehemalige Mossad-Chef Mëir Dagan beinahe jeden Tag erklärt. Dagan warnt vor einem israelischen Angriff auf Iran. In Israel wird über dieses Thema sehr rege diskutiert – es ist kein Tabu.« Dass aber das Gedicht, so die Interviewerin, von der »Gefahr der Auslöschung des iranischen Volkes« spricht, nannte Segev dann »sehr dumm«. »Grass hat überhaupt keine Ahnung von Iran.« (Segev zit. n. ebd.: 190)

Auch der Politologe Ekkehart Krippendorff ging davon aus, dass Israel »sehr wahrscheinlich« über atomare Sprengköpfe verfügt, und wies darauf hin, dass »einige führende israelische Militärs und hochrangige Geheimdienstleute einen Präventivangriff, abgesehen von den unvorhersehbaren überregionalen politischen Konsequenzen, für eine Katastrophe halten und dringend davon abraten.« (Krippendorff 2012)

Scharf wurde auch die Vermutung zurückgewiesen, dass ein israelischer »Erstschlag« »das iranische Volk auslöschen könnte«.[6] Nicht nur beschwört das

**6** | Micha Brumlik sah dagegen im Gedicht die »Unterstellung« formuliert, »dass Israel das iranische Volk auslöschen möchte.« (Brumlik zit. n. Detering/Øhrgaard 2013: 208) Im Gedicht steht »könnte«. Darauf haben bereits die Herausgeber des Bandes *Was gesagt wurde* hingewiesen (vgl. ebd.: 9).

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

Gedicht hier ein Bedrohungsszenario apokalyptischen Ausmaßes, so als könne ein Angriff Israels ein ganzes Volk vernichten – noch weitaus bedenklicher ist, dass es den fatalen Begriff der »Auslöschung« verwendet, den das NS-Regime für den Genozid an den Juden benutzt hat. Wenn irgendwo der Antisemitismusvorwurf das Gedicht trifft, dann hier. Wo sich im Wortlaut des Textes der Antisemitismusverdacht nicht erhärten ließ, wurden, wie auch im Falle der Walser-Rede, Vermutungen darüber angestellt, dass Grass etwas gemeint habe, das diesen Verdacht bestätigt (vgl. Detering/Øhrgaard 2013: 9).

Auf heftigen Widerspruch stieß auch, dass das Gedicht den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, ohne seinen Namen zu erwähnen, einen »Maulhelden« nennt. Es fragt eben nicht, ob dessen verbalem Radikalismus auch Taten folgen könnten. Bekanntlich hat die Regierung des Iran mehrfach mit der »Auslöschung des Judenstaates gedroht.« (Ebd.: 5) Das Gedicht verkennt damit, dass sich »die israelische Bevölkerung mit einem gewissen Recht tatsächlich bedroht fühlt«, so Brumlik (zit. n. ebd.: 210). Darauf macht nachdrücklich auch Benz aufmerksam: »Grund zur Vorsicht bis zum Argwohn, zur Wachsamkeit bis zur Paranoia haben die Juden jedoch allemal, und den Angehörigen der Minderheit sollte die Mehrheit solche Haltung konzedieren« (Benz 2004: 19). Gleichwohl bleibt auch hier zu fragen, ob einem Gedicht und insbesondere einem politischen Gedicht vorzuwerfen ist, dass es polemisch Ansichten formuliert, die nicht den Tatsachen entsprechen, so sie denn festzustellen sind, oder die die Leser nachdrücklich zurückweisen. Wenn es aber in dieser Weise provoziert, dann ist gewiss unstrittig, dass es auch mit polemischen Reaktionen zu rechnen hat. Die Proteste gegen sein Gedicht hat Grass selbst später in einem Punkt zu berücksichtigen gesucht und es als Fehler bezeichnet, dass es von Israel spricht und nicht von der »gegenwärtigen Regierung des Staates Israel« (Grass zit. n. Detering/Øhrgaard 2013: 5).

Überblickt man die lange Reihe der empörten Kommentare, die im Band *Was gesagt wurde* versammelt sind, so fällt auf, dass die einen dem Gedicht antisemitische Tendenzen anlasten, daneben aber versichern, der Autor sei kein Antisemit. Die anderen werfen vor allem dem Autor Günter Grass Antisemitismus vor und zeigen sich wenig am Gedicht interessiert. Und sie sind überzeugt: Wer als Antisemit zu bezeichnen ist, erweise sich an der Einstellung zur israelischen Politik. Gegen die Gleichsetzung von Israelkritik und Antisemitismus hat sich neben Alfred Grosser, wie gezeigt wurde, auch der Historiker Fritz Stern verwahrt: »[Z]u glauben, dass, wer Israel kritisiert, deshalb ein Antisemit sei, ist gefährlicher Blödsinn.« (Stern zit. n. ebd.: 281)

Wie schon am Streit um die Rede Walsers zu beobachten war, bleibt auch in den Auseinandersetzungen um das Gedicht von Grass der Antisemitismusbegriff merkwürdig unbestimmt, und dies ist eine Folge der bereits erwähnten »Beliebigkeit des Ressentiments« (Benz 2004: 234) gegenüber den Juden. Eines der »harten Kriterien für antisemitische Äußerungen« sieht beispielsweise Brumlik in der »Dämonisierung von jüdischen Personen oder Institutionen. Israel ist ohne Zweifel ein jüdischer Staat.« (Detering/Öhrgaard 2013: 208) »Wie viel Israelkritik ist erlaubt?« So fragt mit Blick auf den Antisemitismus und das

https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 

Antisemitismustabu Wolfgang Benz. Seine Antwort lautet: »Erlaubt und selbstverständlich ist die kritische Bewertung jeder Politik, unerlaubt ist aber das Bestreiten des Existenzrechts eines Staates, das mit der Diffamierung seiner Bürger argumentiert.« (Benz 2004: 208) Dass das Tabu des Antisemitismus nicht nur in Deutschland über die Kontroversen um die Walser-Rede und das Gedicht von Günter Grass hinaus unbedingt in Geltung bleiben muss, selbst auf die Gefahr hin, dass es auch missbraucht werden kann, steht für die meisten Deutschen außer Frage.

## Literatur


Adorno, Theodor W. (1972): Anti-Semitism and Fascist Propaganda. In: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt a.M., S. 397-408.

Ders. (2001): Minima moralia. Frankfurt a.M.

Benz, Wolfgang (2004): Was ist Antisemitismus? München.

Brumlik, Michael (2000): Messianischer Blick oder Wille zum Glück. Die Kryptotheologie der Walser-Bubis-Debatte. In: Ders./Hajo Funke/Lars Rensmann (Hg.): Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik. Berlin, S. 127-134.

Detering, Heinrich/Øhrgaard, Per (Hg.; 2013): Was gesagt wurde. Eine Dokumentation über Günter Grass' »Was gesagt werden muss« und die deutsche Debatte. Göttingen.

Grosser, Alfred ($^{2}$2010): Von Auschwitz nach Jerusalem. Über Deutschland und Israel. Reinbek b. Hamburg.

Kaschuba, Wolfgang ($^{4}$2012): Einführung in die Europäische Ethnologie. München.

Krippendorff, Ekkehart (2012): Was auch noch gesagt werden muss; online unter: http://www.hintergrund.de, 6.4.2012 [Stand: 31.5.2016].

Lorenz, Matthias N. (2005): »Auschwitz drängt uns auf einen Fleck«. Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser. Stuttgart.

Magenau, Jörg (2008): Martin Walser. Eine Biographie. Reinbek b. Hamburg.

Müller, Lothar (2010): Nichts war unumstritten. In: Süddeutsche Zeitung v. 17. Mai 2010.

Müller, Lothar (2013): Ausweitung der Kampfzone. In: Süddeutsche Zeitung v. 5. Januar 2013.

Schirrmacher, Frank (Hg.; 1999): Die Walser-Bubis-Debatte. Eine Dokumentation. Frankfurt a.M.

Schödel, Kathrin (2010): Literarisches versus politisches Gedächtnis? Martin Walsers Friedenspreisrede und sein Roman *Ein springender Brunnen*. Würzburg.


https://doi.org/10.14361/zig-2016-0104 https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access - 